Beschlussesentwurf 2: Änderung des Regierungs- und Verwaltungsorganisationsgesetzes (RVOG) und weiterer Gesetze

Änderung vom [Datum]

Der Kantonsrat von Solothurn
gestützt auf Artikel 44 Absatz 2, Artikel 85 Absatz 2 und Artikel 86 Buch-
stabe a der Verfassung des Kantons Solothurn (KV) vom 8. Juni 1986¹⁾
nach Kenntnissnahme von Botschaft und Entwurf des Regierungsrates vom
16. Januar 2024 (RRB Nr. 2024/54)

beschliesst:

I.

Der Erlass Gesetz über die Organisation des Regierungsrates und der Ver-
waltung (Regierungs- und Verwaltungsorganisationsgesetz RVOG) vom
7. Februar 1999²⁾ (Stand 1. Oktober 2017) wird wie folgt geändert:

§ 11 Abs. 1

Funktion und Aufgaben (Sachüberschrift geändert)

¹ Der Staatsschreiber oder die Staatsschreiberin

- c) (*geändert*) stellt gemeinsam mit dem Ratssekretär oder der Ratssek-
retärin die Koordination der Aufgaben von Kantonsrat und Regie-
rungsrat sicher;
- d) (*geändert*) erfüllt die ihm oder ihr durch Gesetz oder Verordnung
übertragenen Aufgaben.

§ 11^{bis} (neu)

Anstellung und Unterstellung

¹ Der Regierungsrat stellt den Staatsschreiber oder die Staatsschreiberin und
seine oder ihre Stellvertretung an.

² Der Staatsschreiber oder die Staatsschreiberin ist dem Regierungsrat unter-
stellt. Der Landammann oder die Frau Landammann nimmt gegenüber dem
Staatsschreiber oder der Staatsschreiberin die personellen Belange wahr
und stellt dem Regierungsrat die erforderlichen Anträge.

1) BGS [111.1.](#)

2) BGS [122.111.](#)

[Fundst. od. Gesch.-Nr.]

§ 11^{ter} (neu)

Anstellungsvoraussetzungen

¹ Als Staatsschreiber, Staatsschreiberin oder seine beziehungsweise ihre Stellvertretung kann angestellt werden, wer im Kanton Solothurn stimmberechtigt ist und

- a) ein juristisches Universitätsstudium abgeschlossen hat oder
- b) ein Universitätsstudium an einer philosophischen Fakultät oder ein Universitäts- oder Hochschulstudium an einer nationalökonomischen Fakultät abgeschlossen hat und sich über fundierte staats- und verwaltungsrechtliche Kenntnisse ausweist.

II.

1.

Der Erlass Gesetz über die Haftung des Staates, der Gemeinden, der öffentlich-rechtlichen Körperschaften und Anstalten und die Verantwortlichkeit der Behörden, Beamten und öffentlichen Angestellten und Arbeiter (Verantwortlichkeitsgesetz) vom 26. Juni 1966¹⁾ (Stand 1. Juli 2022) wird wie folgt geändert:

§ 24 Abs. 1

¹ Disziplinarbehörden sind:

- a) (*geändert*) der Kantonsrat gegenüber den Mitgliedern des Regierungsrates und der letztinstanzlichen kantonalen Gerichte sowie gegenüber dem Ratssekretär oder der Ratssekretärin. Gegen Disziplinarentscheide kann innert 10 Tagen seit Eröffnung beim Verwaltungsgericht Beschwerde eingereicht werden.

2.

Der Erlass Gesetz über das Staatspersonal vom 27. September 1992²⁾ (Stand 1. Juni 2019) wird wie folgt geändert:

§ 26^{bis} Abs. 1

¹ Zuständige Behörde zur Genehmigung einer Demission während der Amtsdauer ist

- b) der Regierungsrat für
2. *Aufgehoben.*

§ 28 Abs. 4

⁴ Zuständig zur Auflösung ist:

- a) (*geändert*) der Kantonsrat gegenüber Mitgliedern des Regierungsrates oder der letztinstanzlichen kantonalen Gerichte, gegenüber dem Ratssekretär oder der Ratssekretärin sowie gegenüber dem Chef oder der Chefin der Finanzkontrolle;

¹⁾ BGS [124.21.](#)

²⁾ BGS [126.1.](#)

III.

Keine Fremdaufhebungen.

IV.

Diese Änderung tritt am 1. August 2025 in Kraft.

Solothurn,

Im Namen des Kantonsrates

Marco Lupi
Präsident

Markus Ballmer
Ratssekretär

Dieser Beschluss unterliegt dem ... Referendum.